

„Ist China sozialistisch?“

Zu dieser Frage bin ich hierher eingeladen worden – und zu ihr möchte ich zunächst einmal einige Bemerkungen machen:

Der Alltag im heutigen China bietet eigentlich nicht den geringsten Anlass dafür, diese Frage zu stellen (und dafür muss man ihn noch nicht einmal unbedingt persönlich erlebt haben):

- die Leute können sich heute in China so gut wie alles *kaufen*, d.h. umgekehrt: sie müssen *Geld* haben, um an all den Schnickschnack zu kommen, der da inzwischen angeboten wird. D.h. aber auch: sie müssen Geld haben, um sich das Lebensnotwendige zu kaufen, zu essen, zu trinken, ein Dach über dem Kopf, einen Arzt, wenn sie krank sind.

- dieses Geld müssen sie irgendwie *verdient* haben. Dafür haben sie prinzipiell drei Möglichkeiten:

- 1) sie verdienen das Geld als einer der etwa noch 500 Millionen Bauern auf dem Land, auf einer kleinen Parzelle mit harter Feldarbeit;
- 2) sie suchen sich eine Arbeit und verdienen dort ihr Geld. Dabei ist klar: eine solche Arbeitsstelle findet sich nur, wenn ein Unternehmen seinen Gewinn damit macht – und entsprechend sehen die Bedingungen dieser Arbeit aus: wer Glück hat und eine findet, darf lange arbeiten und kriegt wenig Geld. Selbst wenn man die sogenannten Exzesse dieser Arbeitsverhältnisse, wie sie jetzt bei Foxconn bekannt geworden sind (15 Stunden am Tag, oft ohne Pause, dafür ungefähr 100 € im Monat, von denen der Betrieb für Wohnung und Verpflegung gleich wieder ein Drittel einbehält – so werden die schönen i-phones produziert!) mal beiseite lässt: das *Prinzip* gilt – und es gilt auch für erheblich besser bezahlte Jobs. Arbeit findet als *Lohnarbeit* statt und das heißt: sie ist nicht das Mittel derjenigen, die arbeiten und den Reichtum ihrer Gesellschaft produzieren, sondern sie ist das Mittel derer, die mit ihrem Geld diese Arbeit kommandieren, um selbst reicher zu werden.
- 3) Damit bin ich bereits bei der 3. Möglichkeit, Geld zu verdienen: wer dazu in der Lage ist, lässt *andere für sich* arbeiten – das ist im heutigen China wie überall sonst im globalisierten Kapitalismus die schönste Einkommensquelle (vielleicht mal abgesehen von den Banken, die auf der Basis, dass dieses System von Geldverdienen und Ausbeutung überall existiert, ihr Geschäft noch eleganter dazwischenschalten können – aber das ist heute nicht das Thema).

- alles, was man braucht und will, muss man kaufen; das dazu nötige Geld muss man verdienen und tut das im Normalfall darüber, dass man seine Lebenszeit und Arbeitskraft für die Vermehrung fremden Reichtums zur Verfügung stellt – das ist das Prinzip des Wirtschaftens im heutigen China, kein bisschen anders als bei uns.

- für das Verhältnis der Leute untereinander gilt damit: Sie sind in ein Verhältnis der *Konkurrenz* gegeneinander gestellt. Jeder kommt an sein Geld nur, indem er es gegen und auf Kosten eines anderen „erwirtschaftet“: das gilt für den schlichten und täglich tausendmal vollführten Akt des Kaufs, in dem der Käufer möglichst viel Ware für möglichst wenig Geld haben will, der Verkäufer umgekehrt. Das gilt genauso für das Arbeitsverhältnis, in dem der Arbeitgeber möglichst viel Zeit und Leistung für möglichst wenig Geld haben will, der Arbeiter umgekehrt. Alle *brauchen* sich wechselweise, um an die Dinge zu kommen, die sie zum

Leben brauchen und was darüber hinaus Spaß macht. Und alle *nutzen* genau das – dass die anderen sie, ihre Waren, ihre Arbeitsplätze, ihre Arbeitskraft usw. *brauchen* – erpresserisch dafür aus, um möglichst viel aus ihnen herauszuholen. Dabei macht sich die *Ausgangssituation*, die jeder mitbringt in diese Konkurrenz, entweder für oder gegen sie geltend (wer mit Millionen anderer nur über diese etwas seltsame Ware Arbeitskraft verfügt, ist da in einer schlechten Lage und findet sich mit der entsprechenden Bezahlung am Fließband wieder).

- dieses allseitige gesellschaftliche Verhältnis der Konkurrenz ist in China genauso wenig wie sonst auf der Welt einfach von Natur aus vorhanden. In China ist der Prozess, mit dem das zum gültigen gesellschaftlichen Verhältnis gemacht worden ist, noch sehr präsent, dauert teilweise sogar noch an – darauf sollten wir in der Diskussion auf alle Fälle noch einmal zurückkommen. Aber gleichgültig, ob alle Chinesen gewollt haben, dass dieses Verhältnis bei ihnen eingeführt wird, gleichgültig, wie ihnen ihre frühere sozialistischen Produktionsverhältnisse in Volkskommunen und Staatsbetrieben ge- oder missfallen haben – heute sind sie alle darauf festgelegt, auf diese Art und Weise die Mittel für ihren Lebensunterhalt zu verdienen: sie sind auf sich gestellt – ob sie dafür die Mittel haben oder nicht. Und sie müssen ihr Geld in Konkurrenz und damit im Gegensatz und auf Kosten anderer verdienen – ob sie das wollen oder nicht.

Das sind erst einmal ein paar ganz grundsätzliche Argumente dafür, dass die Frage „ist China sozialistisch?“ eigentlich an der Wirklichkeit des heutigen China *vorbei* geht.

Diese Wirklichkeit – das mein Fazit aus dem Bisherigen – ist ihrem ökonomischen Charakter nach so kapitalistisch wie so ziemlich überall auf der Welt.

Dass die Frage bei der Betrachtung der Volksrepublik China trotzdem immer wieder aufgeworfen wird, hat m. E. nach zwei Gründe:

- Der erste Grund liegt darin, dass sich Chinas Führung nach wie vor „kommunistisch“ nennt und dass sie ihr Regime über das Land nach wie vor nicht nach demokratischer Manier veranstaltet. Dazu möchte ich zwei Thesen formulieren:

- 1) Dass die chinesische KP sich nicht von diesen Etiketten „kommunistische Partei“ oder „sozialistische Volksrepublik“ verabschiedet, zeigt gewissermaßen rückwärts, was sie im Prinzip schon immer darunter verstanden hat: Sozialismus ist, wenn sie, die Partei, die Politik führt, das Volk in Wert setzt, die Produktivkräfte entwickelt und China damit wieder zu der ihm „gebührenden“ Stellung in der Konkurrenz der Nationen führt. Von diesem Zweck aus erscheinen ihr die frühere sozialistische Planwirtschaft und das heute geltende, der „Sozialismus chinesischer Prägung“ (so nennt sie ihren Kapitalismus) wirklich wie bloß unterschiedliche Wege, ihn zu erreichen.
- 2) Dass sie die Einführung des Kapitalismus nicht mit einer politischen Liberalisierung verbunden hat, hat im Kern denselben Grund. Weil sie die ökonomische Modernisierung und die Öffnung Chinas zum Weltmarkt partout zum Mittel eines nationalen Aufstiegs machen will, achtet diese Partei mit aller ihr zur Verfügung stehenden Gewalt darauf, dass die Phase des Umbruchs, das Aufkommen neuer gesellschaftlicher Widersprüche durch Enteignung, neue Existenznöte usw. unterm Strich zu einem Mittel der Nation wird – und nicht nur ein paar Immobilienmakler reich werden oder die USA und Europa sich an China dumm und dämlich verdienen.

- Der zweite Grund für die Frage liegt gar nicht in China, sondern in der linken Bewegung hier. Wie immer sucht die Linke nämlich auch am Fall China Anhaltspunkte dafür, ob es irgendwo in der Welt eine Kraft gibt, die ihrer hierzulande ohnmächtigen Kritik Respekt verschaffen könnte.

Man kennt es aus den siebziger Jahren, in denen das sozialistische China mit seinen Volkskommunen und seiner Kulturrevolution als Berufungsinstanz dafür galt, dass der Sozialismus auf der Welt machtvoll vorwärts kommt – und zwar außerhalb der Sowjetunion mit ihrem hässlichen Stalinismus. Immerhin war das die Untermauerung für eine tatsächlich existierende Bewegung.

Diese gibt es nicht mehr, das Bedürfnis nach einer Berufungsinstanz ist aber übrig geblieben. Und da sind die einen von China schwer enttäuscht und halten es für den geradezu schlimmsten Kapitalismus, den es je gegeben hat. Das ist genauso ein moralisches Fehlurteil wie das der anderen, die Chinas KP glatt abnehmen, dass ihr Land kein kapitalistisches Gemeinwesen ist, sondern sich doch noch immer auf dem Weg zu etwas Besserem befindet. Das Zauberwort an dieser Stelle heißt Neoliberalismus. Verglichen mit diesem Zerrbild, das behauptet, der Staat ziehe sich überall aus seinen staatlichen Funktionen zurück, überlasse sie einfach privatem Geschäft und das mache die frühere „soziale Marktwirtschaft“ inzwischen zum unerträglichen Raubtierkapitalismus, nimmt man den in der Tat existenten staatlichen Dirigismus in China als Beweis dafür, dass dieser Staat doch irgendwie anders ist. Dass das Handeln der KP in der Volksrepublik seinen Grund in dem eben angedeuteten Programm hat – dem unbedingten nationalen Aufstiegswillen und der Etappe, die der chinesische Kapitalismus darin gerade durchläuft! – diesen ganzen Grund und Zweck lässt man einfach alles beiseite, deutet den Formalismus namens „staatliche Intervention“ fast so wie die FDP als Beweis für Sozialismus (!) und nimmt am Ende auch noch Chinas Weltmarkt-Aufstieg als Ausweis dafür, dass man es hier mit einer Gegenmacht zur amerikanischen Dominanz zu tun hat.

Gegen diesen durchaus kreativen, aber ausgesprochen *unsachlichen* Umgang mit China möchte für ein bescheidenes Programm plädieren: Sich klarmachen, was das Programm dieser Nation heute ist, was es in ihrer sozialistischen Phase war und vielleicht: wie beides zusammen passt.

Das ist auch der gewissermaßen „rote Faden“ meines Buchs, dessen Ergebnisse ich hier in komprimierter Form wiedergebe.

1. Teil: Die sozialistische Volksrepublik

Am 1. Oktober 1949 hat Mao Zedong vom Balkon der alten Kaiserstadt aus die Gründung der Volksrepublik ausgerufen: „Das chinesische Volk ist aufgestanden!“ Danach ertönte die Hymne der neuen sozialistischen Nation:

*Steht auf! Alle, die keine Sklaven mehr sein möchten!
Lasst uns aus unserem Fleisch und Blut die neue Mauer bauen.
In größter Bedrängnis Chinas Volk.
Der Unterdrückten letzter Schrei ertönt:*

*Steht auf! Erhebt Euch!
Mit tausend Leibern, einem Herz
den feindlichen Kanonen zum Trotz:
Vorwärts! Vorwärts! Voran!*

Eine revolutionäre Hymne, übrigens schmissig vertont (ähnlich der Marseillaise) – aber nicht unbedingt mit einem sozialistischen Inhalt. Es geht gegen Unterdrückung und Sklaverei; dagegen rebellieren soll „Chinas Volk“. Nun sollte man in dieser Stunde des Sieges vielleicht nicht kleinlich sein. Immerhin hatte sich die Rote Armee in einem jahrzehntelangen Kampf gegen die imperialistischen Mächte durchgesetzt, die seit 150 Jahren diese vorher mächtigste Nation der Welt bekriegt, ausgeplündert und weitgehend zugrunde gerichtet hatten (England, Frankreich, Japan, das zaristische Russland und nicht zu vergessen das auch da etwas zu spät gekommene Deutschland, das dann im Boxeraufstand um so härter zugeschlagen hat). Die KP hatte im pazifischen Teil des 2. Weltkriegs gegen die Japaner gekämpft, die China kolonialisieren und zu ihrer Rohstoff- und Menschenbasis machen wollten (mit übrigens 20 Millionen Toten auf chinesischer Seite). Und sie hatte sich gegen ihre bürgerlich-nationale Konkurrenz die Partei von Sun Yat-sen bzw. später Chiang Kai-shek durchgesetzt. Diese Partei hatte aus Sicht der Kommunisten die soziale Lage des Volks, vor allem der Bauern, gegenüber den feudalen Grundbesitzern komplett vernachlässigt und den Kampf gegen die Ausländer in China nur halbherzig betrieben. Stattdessen hatte sie sich vor allem der Ausrottung der Kommunisten gewidmet, nach 1945 mit amerikanischer Waffenhilfe. (Ich stelle diese historischen Fakten nur sehr überblicksweise und grob dar; wer mehr weiß, möge das entschuldigen, wer mehr wissen will – an dieser Stelle etwa über die interessante Auseinandersetzung zwischen der KP und der Kuomintang-Partei, die Rolle der Sowjetunion und der kommunistischen Internationalen in diesem Streit usw. – der wird im Buch fündig.) In einem völlig zerrütteten Land, das damals als das ärmste und elendeste der Welt galt, begannen nun die Kommunisten mit ihrem „Aufbau“.

Ihre Ziele hießen:

- 1.) Eine sozialistische Wirtschaftsordnung aufbauen, die dem gesamten *Volk einen gerechten Anteil am produzierten Reichtum garantiert* – so sollte die Armut und Verelendung der Bauern und Arbeiter überwunden werden.
- 2.) Eine in jeder Hinsicht *moderne Gesellschaft entwickeln* mit einer industriellen Massenproduktion, der dazugehörigen *Technik*, einem für sein Volk endlich wirklich *nützlichen Staat* und schließlich gebildeten und aufgeklärten Menschen – also das genaue Gegenbild der vorgefundenen Verhältnisse, in denen die wenigen modernen Produktionsmittel weitgehend in der Hand von Ausländern waren und das chinesische Volk in seiner Mehrzahl unterernährt, abergläubisch, fatalistisch.

Damit haben die chinesischen Kommunisten eine radikale *Absage* an die westliche Welt und ihre Führungsnationen ausgesprochen: Mao kündigte an (und das immerhin für einen nicht gerade kleinen Teil der Menschheit!), dass er seine neue Gesellschaft nicht auf deren Prinzipien aufbauen wollte – Kapitalismus und Imperialismus –, sondern sein neues China als sozialistisches Staatswesen verstand, das sich deshalb auch mit der benachbarten Sowjetunion verbrüdern wollte.

Nun war der Aufbau dieses neuen China in der einen Hinsicht keineswegs eine *freie* Angelegenheit – die Kommunisten damals konnten sicher nicht einfach die Gesellschaft aus dem Ärmel schütteln, die ihnen als Ideal vorgeschwebt hat. Sie hatten zu berücksichtigen, was sie vorgefunden haben: eine erbärmlich kleine, auf die Ostküste beschränkte Industrie, jede

Menge alter Gegner ihres Projekts aus der bisher herrschenden Klasse und ein nicht gerade freundlich gesonnenes Ausland. Trotzdem ist es entscheidend in einer solchen Situation, was eigentlich diejenigen eigentlich im Kopf hatten, die jetzt immerhin eine gewisse Freiheit besaßen, das zu machen, was sie sich unter Sozialismus vorgestellt haben – auch wenn diese Freiheit durch die genannten Bedingungen eingeschränkt war. Anders gesagt: in einer solchen revolutionären Situation kommt es darauf tatsächlich sehr darauf an, *was* man eigentlich *wie* kritisiert und was man dann auch als positiven *Gegenentwurf* in die Praxis umsetzt. Schauen wir uns also die Vorstellungen der chinesischen Kommunisten etwas genauer an.

- a) die neue sozialistische Produktionsweise soll die Ungerechtigkeit der alten überwinden, sie soll den Arbeitern und Bauern einen gerechten Anteil an dem, was sie produzieren, einbringen. Deutlich wird: da wird im Namen der am meisten Geschädigten des bisherigen Systems gesprochen. Allerdings ist schon die Klage, Armut und Elend seien Konsequenzen der bisherigen waltenden *Ungerechtigkeit*, bemerkenswert. Damit macht man nämlich aus dem Schaden, den die Mehrheit der Menschen offenbar erleidet, so etwas wie ein *Versagen* der alten Herrschaft (so als hätte diese eigentlich ebenso wie man selbst anderes gewollt – während es sich in Wirklichkeit doch um die durchaus *notwendigen* Folgen der feudal-kapitalistischen Ordnung und der in ihr geltenden Interessen handelt). Zudem kommt man von daher auf Weiterungen, in denen sind das eigentlich problematische gar nicht mehr die Armen selbst und ihr Schaden sind. Sondern: etwa die Verschwendung von Ressourcen, die mögliche Spaltung der Gesellschaft (wer beklagt so etwas?), damals vor allem: ausbleibende Entwicklung des Landes. (Man liegt übrigens überhaupt nicht schief, wenn man bei dieser Art Kritik so etwa an den Standpunkt der Linkspartei denkt – auch wenn die alten Sozialisten ein ganzes Stück weit radikaler vorgegangen sind und dafür einen neuen Staat für nötig gehalten haben.) Wenn dann zukünftig ein „gerechter Anteil“ zugesichert wird, ist das auch nicht identisch mit der Vorstellung, dass es in Zukunft schlicht und ergreifend um die Interessen derer gehen soll, die den Reichtum ihrer Gesellschaft herstellen. „Gerecht“ behauptet vielmehr so etwas wie ein angemessenes Maßverhältnis zwischen der Leistung, die man erbringt, und dem, was man von der Gemeinschaft zurück erhält. Schaut man sich an, wie die Forderung nach Gerechtigkeit heute bei uns auftaucht, dann sieht man sie gleich in ihrer ganz *reaktionären* Konsequenz: gerecht geht es nämlich dann zu, wenn alle – arme wie reiche! – *geschädigt* werden, damit das Gemeinwesen, der Staat sparen und seinen Haushalt sanieren kann (= wenn es alle trifft, kann und soll man offenbar zufrieden sein). So verkommen haben die alten Sozialisten ihr Gerechtigkeitsprogramm sicher nicht gemeint: ihr Sozialismus sollte der Masse der Leute tatsächlich materiell mehr einbringen. Aber auch bei ihnen gilt: Ein *sachliches* Verhältnis zwischen der Mühe und Arbeit, die man abliefert, und dem Anteil an Gütern, mit denen man existentielle Bedürfnisse, aber auch darüber hinaus Spaß und Vergnügen organisieren kann, gibt es einfach nicht, weder in der Marktwirtschaft, noch in der sozialistischen Gesellschaft. Was „*gerecht*“ ist – das muss irgendjemand feststellen und dann nach seinen Kriterien zuteilen. Die Ankündigung, in Zukunft solle es „gerecht“ zugehen, enthält also – das ist der entscheidende Punkt, auf den es hier ankommt – etabliert also so etwas wie eine *Ordnungsvorstellung*, die auf alle Fälle höher angesiedelt ist als dass es „nur“ um die Interessen der bisher Geschädigten gehen soll: verkörpert ist sie im sozialistischen *Staat*, der ab jetzt das stoffliche und wertmäßige Wachstum des Reichtums plant und seine Verteilung verwaltet. Damit soll er sowohl die Entwicklung sei-

ner Gesellschaft mit allem, was *er* dafür für notwendig hält, organisieren und beschleunigen und dann den Rest „gerecht“ an seine Massen verteilen.

b) Für die Ungerechtigkeit der bisherigen Wirtschaftsweise haben die Kommunisten vor allem eins verantwortlich gemacht: die *private Aneignung* von großen Teilen des gesellschaftlich produzierten Reichtums durch Großgrundbesitzer und die private Kapitalisten, vor allem durch die vier großen „Monopolkapitalisten“ des Landes. Das war die antikapitalistische Stoßrichtung der KP, die zur Folge hatte, dass Großgrundbesitzer und große Unternehmer in der Zeit nach 1949 beseitigt oder enteignet wurden. Nach der Beseitigung dieser Störenfriede hielt man dann allerdings so ziemlich alles, was man aus der Geldwirtschaft so kennt, *tauglich* für die neue sozialistische Wirtschaft: Geld, Ware, Lohn, Gewinn, Kredit. Offensichtlich haben diese Sozialisten sich ihr Urteil über den Kapitalismus ungefähr nach dem Motto „gute Seiten – schlechte Seiten“ eingeteilt. Ungerechtigkeiten wie die Ausbeutung der Arbeiter, aber auch Ineffizienz durch Pleiten und Krisen hielt man für schlecht – das sollte mit dem Verbot des privaten Egoismus verschwinden; *alles andere* sollte aber dann als Mittel einer staatlichen Planung erhalten bleiben, denn am Kapitalismus hat man durchaus auch vieles bewundert, vor allem seine industrielle Massenproduktion und die Entwicklung der Produktivkräfte, die er in einer bis dahin unbekanntem Art beschleunigt hat.

c) Damit hat man allerdings einen eigenartigen Widerspruch zum Programm gemacht: man hantiert (und plant!) mit lauter Kategorien, die eigentlich zu einer ganz anderen Gesellschaft gehören, nämlich der kapitalistischen, in der um die *Aneignung von Reichtum* konkurriert wird. Genau das, was der *gesamte Wirtschaftsprozess* einer Gesellschaft als Streit und Gegeneinander darum abläuft, wer sich den größten Reichtum für sich = privat zu *eigen* machen kann, drückt sich nämlich in dem aus, was Marx als *Wert* bestimmt hat. Die kommunistischen Parteiführer haben das, was Geld und Wert ihrer Natur nach *sind*, praktisch schlicht ignoriert – was ihrer neuen Produktionsweise eine ganze Reihe von Merkwürdigkeiten und Widersprüchen beschert hat

Ein Beispiel: der sozialistische Lohn. Der war einerseits garantiert und sollte sogar anerkanntermaßen steigen (ganz anders als hier, wo immerzu feststeht, dass Bescheidenheit beim Lohn das Mittel des wirtschaftlichen Erfolgs ist!); andererseits kommt aber auch die sozialistische Wirtschaftsplanung gar nicht davon weg, den Lohn als Mittel einer jetzt eben staatlich verordneten Gewinnproduktion zu betrachten. Damit bewerkstelligt der Lohn im Sozialismus prinzipiell auch als erstes einmal den Ausschluss der Produzenten vom Reichtum und die Lebensmittel der Arbeiter bleiben auch hier eine *Kost*, die der Gewinnrechnung des Betriebs negativ gegenübersteht. Das führt dann zu Verlaufsformen, die den Widerspruch immer wieder aufs Tapet bringen: Lohndrücken und Entlassungen (hierzulande die Mittel des Betriebs für seine Profitproduktion) sollen nicht sein, das Verlangen nach langer und intensiver Arbeit aber schon.

Gesamtökonomisch führt die Einrichtung der sozialistischen Ökonomie, wenn man sie sich mal für Preise, Löhne, den Gewinn usw. durchdenkt, auf jeder Stufe und für jedes beteiligte Wirtschaftssubjekt zu eigenartigen Schranken: alle werden in Beschlag genommen werden für ein dauerndes Wachstum nicht nur der Gebrauchswert-, sondern auch der Wertproduktion und *gleichzeitig* werden ihnen die in der Marktwirtschaft dafür üblichen Rücksichtslosigkeiten gegeneinander untersagt.

- d) Dieser Fehler – die theoretisch verkehrte Trennung des Kapitalismus in seine guten und schlechten Seiten und das praktische Programm, nach der Beseitigung des privaten Egoismus mit den Kategorien der Wertproduktion eine Planwirtschaft aufzuziehen, ist in China ebenso wie in der Sowjetunion verantwortlich für einige Resultate in diesen Ländern, die die Menschen als „sozialistische Mangelwirtschaft“ genervt haben und die der Staat als unerwartet schleppende Entwicklung der Produktivkräfte registriert hat). Auch das kann ich hier jetzt nicht weiter ausführen, halte eine nähere Befassung damit aber für wichtig → Buch! Diskussion!
- e) Der neue sozialistische Staat, der diese Planung bewerkstelligt, tritt an mit allerbesten Absichten. Er will im Unterschied zu seinen Vorgängern wirklich seinem *ganzen Volk* nützen und nicht nur der bisherigen herrschenden Klasse, den Grundbesitzern und Unternehmern. Das Programm seiner Volksnützlichkeit meint er so ernst, dass er das gleich doppelt und dreifach betont: Volksrepublik/demokratie, Staat des ganzen Volkes usw.). Gerade in der Empörung über das alte Regime und der Liste der Vorwürfe, worin es alles versagt hat (Bekämpfung der Armut, Ungerechtigkeit, fehlende Entwicklung), wird aber deutlich, wie sehr diese Kommunisten auf die eigentlich *guten Möglichkeiten* einer Staatsgewalt vertraut haben. Anders gesagt: ihnen ist leider nicht aufgefallen, dass bei der Ankündigung ihres neuen volksfreundlichen Staats gerade das „Volksfreundliche“ der Haken sein könnte. Denn auch mit dieser Ankündigung wird ja auf alle Fälle das Verhältnis von Volk und Herrschaft fortgeschrieben. Das prinzipielle Verhältnis dieser beiden Seiten (ein Volk ist immer die Basis einer Herrschaft und umgekehrt: eine Herrschaft gibt es dauerhaft nur, wenn sie sich eine Menge von Leuten zu ihrem Volk macht, das sie anerkennt und ihr treu zur Seite steht) – dieses Verhältnis ist ihnen eben gar nicht kritikabel erschienen. Folglich wollten sie es auch nicht überhaupt aus der Welt schaffen, sondern beide Seiten erneuern und verbessern: eine *gute* Herrschaft und ein *modernes, aufgeklärtes Volk*.

Zusammengefasst bezeichne ich dieses Programm der chinesischen Kommunisten *ökonomisch als halbherzigen Antikapitalismus* und *politisch als Staatsidealismus*.

Dieses volksfreundliche Programm wurde in der Folge in die Tat umgesetzt – die Kritik soll hier nicht heißen: schöne Ansprüche, hässliche Realität! Und gemessen an dem brutal rücksichtslosen Umgang, den kapitalistische Staatswesen, speziell diejenigen, die man als Drittstaaten bezeichnet, mit ihrer Bevölkerung pflegen, ist diese volksfreundliche Politik selbstverständlich ein ungeheurer *Fortschritt* gewesen. Was das große sozialistische Entwicklungsland in wenigen Jahren in der medizinischen Versorgung zustande gebracht hat, bei der Bekämpfung des vorher üblichen Hungers, der Lebenserwartung der Menschen, der Alphabetisierung, bei der Befreiung der Frauen und der Herausbildung eines allgemein politischen Bewusstseins seines Volkes, ist historisch noch immer ohne Parallele.

Die chinesische KP ist also wirklich für ihr Volk da gewesen und sie hat sein Leben enorm verbessert. *Gleichzeitig* aber hat sie diese Fortschritte allerdings immer auch als *Voraussetzung* für etwas anderes behandelt, das sich für sie nicht einfach in ein besseres Leben ihrer chinesischen Menschen aufgelöst hat: Der Staat wollte für sein Volk da sein – dann aber sollte dieses Volk ihm das auch danken und mit allem Einsatz für ihn da sein! Das Volk sollte die ökonomischen Vorgaben getreulich umsetzen und es sollte sich ganz generell dafür ins Zeug legen, dass das gemeinsame Projekt, das rote China, sein Aufbau oder wie immer man das nennt, vorwärts kommt. Dieses „fordernde“ Moment ist in dem Gedanken der volksfreundlichen Staatsgewalt von Anfang an mit im Programm.

Und dieses Moment wird durch das, was ich fürs erste einmal als den *Nationalismus der KP* bezeichne, so richtig auf Trab gebracht.

Was ist damit gemeint? Einen ersten kleinen Hinweis darauf, wie Mao und seine Genossen in dieser Frage gedacht haben, gibt vielleicht schon die Tatsache, dass sie im Augenblick ihres Sieges keine Sekunde darüber überlegt haben, sich der angrenzenden Sowjetunion, dem „Vaterland der Werktätigen“ anzuschließen. Von einem kommunistischen Programm her, das sich Fürsorge für die Arbeiter und Bauern und die dafür nötige Entwicklung der Produktivkräfte auf die Fahnen schreibt, ist das merkwürdig – denn für ein solches Programm machen Staatsgrenzen keinen Sinn, es gibt ja auf den ersten Blick gar keinen Unterschied zwischen dem, was man westlich und dem, was man östlich der (übrigens elend) langen sowjetisch-chinesischen Grenze will. Dass das keine überlegenswerte Option war, wirft schon ein erstes Licht darauf, dass die Kommunisten in China (genauso wie inzwischen die in der Sowjetunion) in dieser Frage etwas anders getickt haben – für sie war die nationale Uniform ihres Kommunismus eigentlich ganz selbstverständlich (Erinnerung: „unterdrücktes Volk!“).

Blickt man an dieser Stelle noch einmal weiter zurück, war es historisch natürlich zunächst einmal unumgänglich, China von den auswärtigen Imperialisten zu befreien (Zitat aus 1923!). Aus Sicht der KP fiel deshalb ihr anti-imperialistischer Kampf um die Wiederherstellung nationaler Einheit und Souveränität mit ihrem sozialistischen Projekt schlicht und einfach zusammen, sie hat Kommunismus und Nation von Anfang sehr unbefangen in eins gesetzt. Unbefangen sage ich deshalb zu dieser Gleichsetzung, weil Kommunismus und Nation der Sache nach ein diametraler Widerspruch sind. Zwar sind beide – wenn man darüber einmal so nachdenken will – Formen von Gemeinschaftlichkeit. Aber dem Inhalt nach ist zwischen ihnen ein größerer Gegensatz kaum denkbar – dazu einmal ein kurzer gedanklicher *Exkurs*:

Was ist eine Nation? Ihre Kennzeichen sind,

- dass die Zugehörigkeit zur Nation Werk des Staates ist und nicht der Entscheidungsfreiheit der ihr angehörenden Individuen überlassen bleibt – wobei die staatliche Gewalt Ursprung und dauerhafte Existenzbedingung dieser Gemeinschaft ist;
- dass der Zweck der Nation *sie selbst* ist – einerseits unbegründbar, andererseits als über allem schwebende Phrase mit beliebigem Inhalt zu füllen;
- dass alle tatsächlichen Unterschiede und Gegensätze ihrer Mitglieder für belanglos erklärt werden, so dass nationales Wir-Gefühl nur aufkommen kann, wenn die Beteiligten gerade von ihren praktischen Interessen absehen;
- dass der jeweils gültige nationale Zweck von einer Herrschaft definiert wird und von einem dienstbereiten Volk ohne prüfende Nachfragen akzeptiert und praktisch umgesetzt wird,
- dass sie polemisch gegen alle individuellen Berechnungen steht und umgekehrt als höchster Wert für alle ihre Mitglieder fungiert – ein Wert, der im Ernstfall die Aufopferung von Gut und Leben des gesamten Volks einfordert.

Wer über das, was hier jetzt extrem thesenartig zusammengefasst ist und sicher manches Rätsel über Patriotismus, Nationalismus und seine Konsequenzen unerklärt lässt, weiter nachdenken will, kann dazu sicher entsprechende Diskussionsangebote erfragen!

Was zeichnet dagegen eine kommunistische Gemeinschaft aus? (ich verwende „kommunistisch“ ausnahmsweise einmal kategorial, also im Sinn der Marx-Vorstellung, die Kommunismus der kapitalistischen Gesellschaft entgegensetzt, nicht im Sinn ihrer realsozialistischen Praxis; ich erinnere daran, dass der Name dieser Gegnerschaft gegen Kapitalismus sich gerade das zur Kennzeichnung gewählt hat: eine vernünftige zweckrationale Gemeinschaft gegen

die den Kapitalismus auszeichnende Konkurrenz!) Diese würde sich programmatisch dadurch auszeichnen,

- dass ihre Mitglieder ihr – zumindest nach einer Übergangsphase – aus freiem Entschluss angehören und sich an ihr beteiligen,
- dass ihr Zweck in der möglichst rationalen Organisation einer geplanten Wirtschaft besteht,
- dass ihre Mitglieder diesen Zweck in einer sachlichen Auseinandersetzung bestimmen und nachprüfen, inwiefern seine Umsetzung mit ihren Interessen konform geht;
- dass sie über das Wohlergehen ihrer Mitglieder hinaus keinen ‚höheren‘ Wert kennt.

Eines müsste man an diesen Andeutungen auf den ersten Blick erkennen können: dass zwischen einem nationalen und einem kommunistischen Programm Welten liegen und dass die Gleichsetzung, die die chinesischen Kommunisten sich auf die Fahnen geschrieben haben, nicht ohne Folgen bleiben kann.

Anders gesagt: damit diese Gleichsetzung überhaupt geht, haben die Kommunisten Nation ganz *idealistisch* gedacht – genau wie bei ihrer Kapitalismus- und bei ihrer Staatskritik. Die chinesischen Kommunisten haben die dunstige Floskel von Nation mit *einem neuen, fortschrittlichen Inhalt* gefüllt. Auch an diesem Punkt wollten sie Ernst machen mit der *Ideologie der Gemeinschaftlichkeit*, die in Nation enthalten ist. Sie sind anfangs sogar davon ausgegangen, dass auch Grundeigentümer und Fabrikbesitzer *als chinesische Patrioten* an Modernisierung und Fortschritt des Landes interessiert sein müssten und wollten diese praktisch verpflichtet auf *ihre* volksfreundliche Interpretation.

Normalerweise besteht die ideologische Wirkung des nationalen Gedankens darin, die Geschädigten einer Klassengesellschaft auf *Opfer für den Erfolg* des großen Ganzen festzulegen, dessen Wahrheit im Nutzen der herrschenden Klasse und ihres Staats liegt. Die chinesische KP dreht dieses Verhältnis um. Sie will einen für die Mehrheit nützlichen Staat und tritt damit an *gegen* die Nutznießer der bisherigen Ordnung.

In den knapp dreißig Jahren der sozialistischen Volksrepublik macht sich der Widerspruch dieser Idee praktisch immer mehr geltend. Am Ende führt er dazu, dass ‚das Nationale‘ über ‚das Kommunistische‘ (klar, was damit gemeint ist!) des ursprünglichen Programms *siegt*. Warum?

Nation beinhaltet notwendig ein Verhältnis der *Abgrenzung* und damit auch der *Konkurrenz* nach außen – sonst hätte die Nation als Besonderheit kein Existenzrecht. Wie Nation selbst kann auch diese *Konkurrenz* idealistisch-volksfreundlich gedacht werden, etwa in dem Sinne, dass sozialistische Staaten nicht mit Profitbilanzen, sondern mit der Versorgung ihrer Menschen und tollen Alphabetisierungsraten glänzen – und genau das haben die chinesischen Kommunisten auch zunächst getan, wie sich vielleicht einige noch erinnern auch mit viel weltrevolutionärem Elan (Unterstützung der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen usw.). Nichtsdestotrotz ist damit das Anliegen in der Welt, als *Nation* teilzuhaben an einem *Wettbewerb um Anerkennung und Positionen* – in der gesamten Staatenwelt, im sozialistischen Verband der Bruderländer, unter den Entwicklungsländern usw. Maos neues China hat sich der Welt von Anfang an als *anspruchsvolle* Nation präsentiert, die mit ihrer neuen sozialistischen Gesellschaft die Jahre ihrer imperialistischen Unterdrückung schnell und ein-drucksvoll überwinden wollte.

Der darin enthaltene *nationale Ehrgeiz* tritt dann aber ausgerechnet *auf Basis der bereits errungenen Erfolge* ziemlich schnell in Widerspruch zu dem, was die sozialistisch-volksfürsorgliche Seite des Projekts ausmacht.

Ein Zitat aus einem Rückblick der Beijing Rundschau aus der Zeit des „Großen Sprungs“ drückt diese *Haltung* aus: „Die KP glaubte, dass China sich in einer großen Periode befinde, in der ein Tag zwanzig Jahren gleichkäme. Sie ruft dazu auf, mit dem Aberglauben zu brechen und das Denken zu befreien und danach zu streben, Großbritannien und die USA noch früher als geplant (!) einzuholen. Wir haben mehr als 600 Millionen Menschen. Unsere Partei hat engste Verbindungen mit der mehr als sechshundertmillionenköpfigen Bevölkerung hergestellt. Gestützt auf diese große Kraft sind wir in der Lage, alles zu tun oder bald alles zu tun, was die Menschheit vollbringen kann. Es gibt nichts auf der Welt, was wir nicht vollbringen können.“

Man sieht hier, dass sich das sozialistische China ernsthaft in einen *Vergleich* mit den kapitalistischen Staaten stellt (wer so was macht, unterstellt ganz praktisch eine Identität zwischen dem kritisierten kapitalistischen und dem eigenen Projekt!). Für diesen Vergleich setzt die KP inzwischen schon nicht mehr auf ihre Leistungen bei der Versorgung oder Bildung ihres Volks, sondern sie will ihn auf „härteren Feldern“ gewinnen: Ungeheure Fortschritte bei der Stahlerzeugung (um das geht es hier im Großen Sprung!) sollten das demonstrieren. Dafür, für diesen Zweck haben die chinesischen KP-Führer dann versucht, das *einzigste Mittel*, über das sie verfügt haben, ihr armes, barfusslaufendes Millionenvolk nämlich, in die Wagschale zu werfen; und dafür hat Mao die *Moral* seiner chinesischen *Massen* mobilisiert. Buchstäblich mit nichts außer ein paar armseligen Werkzeugen und seiner Bereitschaft zur Arbeit sollte dieses Volk das Land aufbauen (das war die Idee des großen Sprungs mit seinen kleinen Stahlföfen aus Lehm überall auf dem Land, Bild S. 120) – und das auch noch so *schnell*, dass es die anderen Staaten in den Schatten stellte.

Damit hat Mao ausgerechnet die Fortschritte, die man in den ersten Jahren der Volksrepublik zustandegebracht hatte in der Lebensmittelproduktion, Katastrophenschutz und medizinischer Versorgung, zum Argument für seine ständig wachsenden Ansprüche gemacht. Er ist unzufrieden gewesen mit den Leistungen seines Volks (und auch der Hilfe der SU) und dass man „trotz Sozialismus“ (!) nicht schneller vorwärts kam.

Die Kulturrevolution hat diesen Gedanken ein paar Jahr später noch einmal radikalisiert: mit aller Gewalt sollte eine Änderung in der *Einstellung* des Volks (Kulturrevolution!) zu seiner Arbeit und seinem Staat erzwungen werden: im Egoismus, den „bourgeois Gewohnheiten“ machte Mao den Hauptgrund für das langsame Vorwärtstkommen seiner Revolution aus, weshalb er auf allen Ebenen gegen sie ankämpfen wollte und zwar erst einmal völlig rücksichtslos gegen ökonomische Fragen und Konsequenzen: ein reinigender revolutionärer Sturm sollte durchs Land fegen und alle, auch die eigenen Funktionäre, kräftig durchrütteln (Parole: „rot geht vor Fachwissen!“).

Diese Gewaltkampagnen haben zu Millionen Toten und dauerhafter Unterernährung, zum Rückgang der Produktion und teilweise zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, aber zu sehr wenig produktiven Ergebnissen geführt. Als Folge ist dann Kritik an Mao laut geworden – allerdings nur in der Form, dass all diese Aktionen nicht allzu viel bringen, ganz besonders nicht für die wirkliche Konkurrenz der Nationen, die in Geld und Waffen ausgetragen wird. In der gerade entstehenden 3. Welt (Mao!) verlor China rapide an Einfluss, weil man den frischgebackenen unabhängigen Staaten auf diesen Feldern nichts zu bieten hatte; um sich herum sah man sich mit den bedrohlich wachsenden asiatischen Tigerstaaten (Südkorea, Thailand, Singapur, Malaysia) konfrontiert. So hat sich dann Deng Xiaoping nach Maos Tod mit seiner Linie durchgesetzt: die Volksmoral allein kann wenig bewegen, wenn die Entwicklung der Produktivkräfte hinten und vorne zu wünschen übrig lässt. Ein System materieller Anreize (so hat er sich in etwa die kapitalistischen Produktionsmethoden vorgestellt) und vor

allem der Import von Technologie aus dem kapitalistischen Ausland (nachdem man sich mit der SU zerstritten hatte), sollte dafür den Umschwung bringen.

Fazit: Dass sie mit ihrem Nationalkommunismus unbedingt in der *Konkurrenz der Nationen* bestehen wollten; dass sie dort so wenig auszurichten vermochten und all ihre sozialen Erregenschaften *dafür* so wenig hergegeben haben – das hat den chinesischen Kommunisten als *praktizierenden Nationalisten* so zu denken gegeben, dass sie nach nicht einmal dreißig Jahren lieber ihren *Kommunismus* für ihren nationalen Erfolg weggeworfen haben als umgekehrt ihrer sozialistischen Volksfürsorge zuliebe das Programm einer weltweit erfolgreichen chinesischen *Nation* sein zu lassen. (Das war *nicht notwendig* – sie hätten auch anders gekonnt – , aber *durchaus folgerichtig*, denn in ihrem Nationalismus waren sich sämtliche Fraktionen der KP einig, weshalb sie sich auch weder vorher noch dann gespalten, sondern immer wieder gegenseitig auf Einheit verpflichtet haben.) In China ist also nicht ein weiteres Mal „der Kommunismus“ „gescheitert“ – so wie es meistens gesehen wird. Vielmehr hat sich hier eine Kommunistische Partei, die sich nie zu einer wirklichen Verabschiedung von Kapitalismus und Staat entschlossen hat, sondern letztlich all das besser machen wollte, wegen der dazu gehörenden nationalen Ansprüche von ihm ab- und sich mit diesen Ansprüchen einem Einstieg in kapitalistische Produktionsmethoden und Weltmarktteilnahme zugewandt. *Und in der Tat: für diese Sorte Ansprüche ist sie da offensichtlich besser bedient.*

2. Teil: Die kapitalistische Volksrepublik

Die Kommunistische Partei, die Führung Chinas, hat sich also aus ihren nationalen Gründen heraus dazu entschlossen, zu kapitalistischen Produktionsmethoden überzugehen und China für den Weltmarkt zu öffnen. Sie hat damit einen Weg eingeschlagen, den die gesamte westliche Welt für so selbstverständlich hält, dass sie gleichzeitig nicht die geringste Ahnung davon hat, was alles gegeben sein muss, damit Kapitalismus überhaupt funktioniert. Entgegen sämtlichen FDP-Vorstellungen ist Marktwirtschaft und schon gleich eine *erfolgreiche* Marktwirtschaft nämlich keineswegs, dass sich der Staat *zurückzieht* und die Kräfte des Marktes wirken lässt. Diese berühmten Kräfte, die invisible hand oder wie auch immer man sie nennt, gibt es nämlich gar nicht einfach so. Im China des Jahres 1978, als der entscheidende XI. Parteitag stattfand, sind keine privaten Unternehmer vorhanden, die über Geldvermögen verfügen und bereit wären, daraus mit produktiven Investitionen mehr zu machen; es ist auch nicht so, dass massenhaft eigentumslose Arme auf der Straße rumstehen und gezwungen sind, sich um jeden Preis gegen Lohn zu verdingen. Und zuguterletzt gibt es auch keine staatlichen Behörden und Ministerien, die wüssten, was zur rechtlichen Absicherung und zur funktionellen Betreuung der angepeilten neuen Produktionsmethoden überhaupt nötig ist.

1. Alles das, was in den europäischen Ländern Resultat der von Marx so genannten „ursprünglichen Akkumulation“ ist, *erzeugt* die Kommunistische Partei in den nächsten Jahren von oben in ihrem Land. Zur Erklärung: unter ursprünglicher Akkumulation versteht Marx den Prozess, der zur Scheidung der Klassen in eigentumslose Lohnarbeiter und produktive Kapitalisten geführt hat und in dem die Geldvermögen angehäuft wurden, die die Basis für die dann scheinbar wie von selbst stattfindende dauernde Verwertung von Kapital darstellen, den kap. Akkumulationsprozess, die Verwertung von Wert, das $G-G'$ etc.) Diese ursprüngliche Akkumulation setzt die KP in Gang, indem sie die chinesischen Menschen von ihren bisherigen sozialistischen Rechten trennt (das ist dem Inhalt nach eine gewaltsame Angelegenheit) und die private Aneignung bisherigen Volkseigentums zulässt.

2. Sie beendet die Abschottung Chinas vom Weltmarkt und stellt ihr Volk als Mittel kapitalistischer Bereicherung zur Verfügung; gleichzeitig sorgt sie dafür, dass der Import westlichen Kapitals nach ihren Bedingungen passiert und zum Nutzen für China abläuft – hier macht sich ihr sturer Nationalismus tatsächlich als Mittel des nationalen Aufstiegs geltend.

3. Das, was sich die entstandene nationale Bourgeoisie in Europa und Amerika zusammen mit den Arbeitern als den „bürgerlichen Staat“ erkämpft hat, das versucht sie durch ein bis heute andauerndes Experiment auf die Beine zu stellen: *sie ändert sich selbst und ihren Staat, ihrer neuen Ökonomie zuliebe.*

Bei diesem Programm greift sie übrigens auf all das zurück, was der Kommunist Mao an Voraussetzungen in ihrem Land geschaffen hat: die politische Einheit des Landes, seine militärische Selbstbehauptung und schließlich seine wirtschaftlichen Ressourcen, inklusive dem chinesischen Volk. Eine Art „masterplan“ zur Einführung des Kapitalismus hat sie dabei nicht gehabt, sie hat sich sozusagen schrittweise von den Vorteilen dieser Produktionsweise überzeugen lassen. Was sie allerdings von Anfang an hatte, das war eine gehörige Portion Experimentierfreude und – weil sie sich möglicher Risiken durchaus bewusst war („den Tiger reiten“) – vor allem ein gigantischer staatlicher *Kontrollfanatismus.*

Die genannten drei Punkte will ich nun näher erläutern.

Ad 1.)

Deng Xiaoping hat seinem Volk in schönster chinesischer Offenherzigkeit die Devise „Bereichert euch!“ ans Herz gelegt. Was damit als „neue ökonomische Freiheiten“ peu à peu in die Gesellschaft einpflanzt wurde, ist nichts anderes als der Zwang zur *Konkurrenz.* Ganz egal, wie ihnen im Einzelfall die *bisherigen* Kollektive, ihre Plänen und ihre Resultaten ge- oder missfallen haben; ganz egal auch, was sie von den *neuen* Prinzipien der „sozialistischen Modernisierung“ in Zukunft haben – die neuen staatlichen Vorgaben haben *alle* Chinesen praktisch zu dem *gezwungen*, was in bürgerlichen Gesellschaften *Freiheit* heißt: Aus vormals kollektiv organisierten und kooperativ produzierenden Bauern und Arbeitern werden Schritt für Schritt (wieder) lauter Privatpersonen bzw. private Eigentümer, denen gar nichts anderes übrig bleibt, als ihren Lebensunterhalt oder auch eventuellen Reichtum *gegen* und *auf Kosten* aller anderen zu erwirtschaften – das ist nämlich das Prinzip oder auch die vielgelobte Vernunft der kapitalistischen Produktionsweise!

Damit entstehen im vorher egalitären China (wer sich erinnert: das war ja immer ein Vorwurf an die Adresse Maos: alle gleich, alles blaue Ameisen, nix Individuelles zu sehen!) die neuen sozialen Klassen der chinesischen Gesellschaft. Und wir sind soz. Zeitzeugen eines solchen Prozesses, der bei uns schon so lange zurückliegt, dass uns seine Prinzipien und Resultate inzwischen völlig selbstverständlich vorkommen!

- a) *Bauern* – sie haben jetzt die Freiheit, produzieren und selbst verkaufen zu dürfen – damit einen gehörigen Zwang, weil sie jetzt ganz und gar zurückgeworfen sind auf das, was sie selbst verdienen. Das tun sie nach Kräften, ihr Wille zur Selbstausbeutung funktioniert vielleicht tatsächlich besser als vorher die Direktiven der Partei. Eine produktive Landwirtschaft entsteht so natürlich trotzdem nicht – deshalb hat es in den 1980er Jahren jede Menge staatliche Hilfe gegeben, ironischerweise weit mehr als vorher in der sozialistischen Etappe, in der man die Landwirtschaft der Entwicklung der Schwerindustrie untergeordnet hatte. Ergebnis: viele kleine Krattler und industrielle Landwirtschaft können das Land inzwischen locker ernähren, China ist heute schon einer der großen Lebensmittel-Exporteure. Mehrere hundert Millionen Menschen sind dafür überflüssig, brauchen sich nicht mehr abzuarbeiten mit harter und mühseliger Feldarbeit – unter diesen Verhältnissen kein Grund zur Freude! Aber

für dieses neue „Problem“ gibt es ja eine neue Lösung: die heißt (bei uns wohlbekannt) *Arbeitsplatzsuche*.

- b) *Lohnarbeiter* – werden ganz im Sinne der Marxschen Bestimmung „doppelt frei“ gemacht: in diesem Fall frei von allen Mitteln bzw. Ansprüchen einer gesicherten Existenz (wie armselig die in ihren Volkskommunen oder Betrieben auch ausgesehen hatte) und frei als Personen (Bewegungsfreiheit). Die Reformkommunisten erklären damit das, was ihren Sozialismus praktisch am meisten vom Kapitalismus der restlichen Staatenwelt *unterschieden* hat, für überholt. *Die Mehrheit der Leute muss um ihren Lebensunterhalt kämpfen, ohne dafür über entsprechende Mittel zu verfügen!* Von dieser denkbar härtesten Erpressung wollte die sozialistische Staatsgewalt ihr Volk befreien und hatte *sich selbst* in dieser Frage zuständig gemacht. Diese Zuständigkeitserklärung nimmt sie mit ihren Reformen nach und nach auf breiter Front zurück. In den neu eröffneten, außerhalb staatlicher Planung stehenden Unternehmen oder in den Sonderwirtschaftszonen gibt es keine Arbeitsplatzgarantien nach dem Modell der „eisernen Reisschüssel“ mehr. Das war im Sozialismus zwar nicht flächendeckend verwirklicht, aber immerhin so etwas wie ein ernsthaftes Ideal. Seinen Staatsbetrieben erlaubt der Staat seit den neunziger Jahren Entlassungen, damit sie ihrer neuen Pflicht zur Rentabilität nachkommen können (Wie alles im großen China, sind das unvorstellbare Größenordnungen: 2002 waren es bereits 48 Millionen, die aus Staatsbetrieben entlassen waren!).

Zugleich (2. Freiheit!) hebt die KP die alte Trennung von Stadt und Land (hukou-System) auf, zunächst nicht offiziell, aber doch geduldet, so dass die auf dem Land überflüssig gemachten Menschen in die Städte wandern und sich dort Möglichkeiten fürs Geldverdienen suchen können (übrigens, nur um auch mal so eine Zahl zu erwähnen, in China wächst die Bevölkerung immer noch jährlich um 10 Millionen!)

Wie sieht nun ein solcher Arbeitsplatz aus, an dem man für den Fall, dass man Glück hat und einen ergattert, sein Geld verdienen kann? Seine Zweckbestimmung heißt (kein bisschen anders als bei uns): Er ist Mittel dafür, Profit zu produzieren. Er ist nicht das Mittel derer, *die arbeiten*, sondern er ist das Mittel derer, die die *Arbeit anderer* mit ihrem *Geld kommandieren, um selbst reicher zu werden*. Die Subsumtion von Arbeit unter das Diktat der Rentabilität macht sich an allen Ecken und Enden geltend, bei der Lohnhöhe, der Arbeitszeit, der Intensität der Arbeit – und zwar immer *gegen* die Lohnarbeiter.

Für was der verdiente Lohn geradestehen muss, ist gleich die nächste Frage, da sich der Staat schrittweise von seinen alten Zuständigkeiten verabschiedet, die Lebensmittelpreise schrittweise freigibt, seine kostenlose Gesundheitsfürsorge umwandelt, keine Wohnungen mehr zur Verfügung stellt usw.

Der Sache nach stellt all das eine enorme Härte gegenüber den Bauern- und Arbeitermassen dar – sie werden dauerhaft auf sich gestellt und müssen ihr Glück in der Konkurrenz gegeneinander suchen und sich zum Mittel am Wachsen fremden Reichtums bereifinden. Die Kommunistische Partei hat durchaus ein Bewusstsein davon und deshalb versucht sie, die Härte dieses Programms tatsächlich *sozialverträglich* abzuwickeln. Übrigens: an dieser Stelle fällt der brutale Zynismus einer solchen begleitenden Politik unmittelbar auf, sogar denjenigen, die ihn am Programm des deutschen Sozialstaats nie bemerken wollen. Die Freisetzung der Bauern steuert sie dosiert durch die Preissubventionen für Agrarprodukte; die Subventionen von Lebensmitteln und Wohnungen werden nicht abrupt, sondern Schritt für Schritt abgebaut; die Entlassungen aus ihren Staatsbetrieben über Jahre verteilt, viele mit Frühverren-

tung oder einem Zustand beendet, der „Warten auf Arbeit“ heißt und mit Geldzahlungen durch die Betriebe verbunden ist. All das ändert nichts daran, dass dieses Programm die chinesischen Menschen auf Dauer zwingt, allein für sich und ihren Lebensunterhalt geradezustehen – ob sie dazu in der Lage sind oder nicht. Wie gesagt – *das ist Freiheit*, wie sie hier im Westen ganz selbstverständlich für unerlässlich und toll gehalten wird, und nun eben auch im großen China. (dass viele Millionen Leute aus den Dörfern abgewandert sind, kaum dass dieses Programm in der Welt war, wirft rückwärts ein ziemlich schlechtes Licht auf Maos Volkskommunen.)

- c) *Kapitalisten* – woher kommen sie in einer sozialistischen Planwirtschaft? Die hat über fast alles verfügt, was der Kapitalismus auch kennt (Geld, Ware, Gewinn, Kredit) – aber genau das, die privaten Eigentümer, hatte sie beseitigt. Nun fehlen sie also. Ein Teil von ihnen kommt in der Folge sozusagen geplant auf die Welt. Das sind die staatlichen Betriebe, die der chin. Staat als Partner für die joint ventures, die Zusammenschlüsse mit ausländischem Kapital, aussucht. Der Teil chinesischer Unternehmer, der eher ungeplant die Bühne der Welt betritt, tut das zwar nicht auf Befehl der KP, dafür stammt er in den allermeisten Fällen aus den ihren Reihen – auch das durchaus eine kleine Ironie der Weltgeschichte. Es sind die rührigen Genossen, die in den neunziger Jahren aus dem, worauf sie zufälligerweise Zugriff haben – Land, Transportmittel, eine Fabrik, Kontakte zu staatlichen Banken oder auch Leute, bspw. Soldaten der VBA – eine Produktion für die neu entstehenden Märkte *neben dem Plan* machen – und ihn damit übrigens immer weiter unterminieren. Teilweise haben das die alten Kollektive gemeinsam auf den Weg gebracht, teilweise hat sich ein Parteifunktionär etwas für sich angeeignet; teilweise haben gleich ganze Ministerien, Gewerkschaften oder die Armee selbst sich mit solchen Geschäftsgründungen versucht. Dieser Vorgang wird meist als „Korruption“ bezeichnet – was sachlich nicht zutrifft. Unerlaubte Vorteilsnahme durch Bestechung unterstellt prinzipiell die Trennung von Ökonomie und Staat; Korruption findet statt, wenn die staatlichen Behörden ihre Entscheidungen für Geldzahlungen zugunsten eines bestimmten Unternehmens zurechtbiegen. In China *entsteht* aber durch diesen Prozess erst die *neue Klasse selbstständiger Unternehmer*, die sich aus altem, staatlich bewirtschafteten Volkseigentum das „zu eigen“ macht, was sich von da an in ihrer, d.h. privater Hand vermehren soll – und so trennt sich auch „die Wirtschaft“ vom staatlichen Kommando über sie erst nach und nach ab.

Ein solcher Aneignungsprozess hat rechtlich den Charakter einer Unterschlagung oder gar eines offenen Diebstahls; auf alle Fälle findet er in einer Grauzone halblegaler Aktivitäten statt. So etwas ist in einem Land als mehr oder weniger flächendeckende Aktion ohne regelrechten Umsturz der bisherigen Verhältnisse nur möglich als *Tat der herrschenden Klasse* selbst. Nachdem sich Deng Xiaoping mit seiner sozialistischen Modernisierung unter dem Motto „Bereichert euch!“ durchgesetzt hat, beginnt in großem Stil das, was später als „Korruption“ bezeichnet wird: Partei- oder Staatsfunktionäre nutzen ihre Stellung und Zugriffsgewalt, um die Gründung neuer Unternehmen, die Reform der Staatsbetriebe, die Möglichkeiten der neuen Kreditpolitik und den Immobilienmarkt zur *Quelle privater Eigentumsbildung* zu machen. So stammen die heutigen ökonomischen Nutznießer des neuen kapitalistischen Systems zum großen Teil aus der politisch herrschenden Klasse der KP-Funktionäre – woher auch sonst?

Ad 2.) zur Öffnung und zur Weltmarktteilnahme Chinas

Dass die Öffnung Chinas für ausländisches Kapital nicht zum Schaden dieser Nation ausgefallen ist, wie das normalerweise bei Drittweltstaaten, aber durchweg auch den Auflösungsprodukten des Ostblocks der Fall ist, ist ebenfalls die Tat der Kommunistischen Partei. Diese Lehre ihres Großen Vorsitzenden hat sie sich jedenfalls bewahrt: sie macht sich nichts vor über die Zwecke, mit denen Unternehmen und Staaten bei ihr anklopfen. Sie hat deshalb 1.) immer dafür gesorgt, dass ihr eigener Handlungsspielraum so weit als möglich gewahrt bleibt (keine Auslandsverschuldung, Sonderwirtschaftszonen als abgetrennte Zonen, die die Restökonomie in ihrem Funktionszusammenhang unberührt lassen). Sie hat 2.) darauf bestanden, dass jedes Geschäft Chinesen mit ins Boot nimmt, sei es als Partner, sei es als Zulieferindustrie. Und sie hat 3.) nur produktive Investitionen zugelassen, keine finanzkapitalistischen spekulativen Geschäfte und dafür auch ihr nationales Geld, den Renmimbi, bis heute nicht voll konvertibel gemacht.

Dass die KP diese Bedingungen aufstellen *konnte*, dass sie trotz dieser Restriktionen seit vielen Jahren die Hauptmasse ausländischer Kapitalinvestitionen auf sich zieht, liegt allerdings nicht an ihrer besonderen Cleverness. Immerhin verwaltet sie mit China einen den letzten *großen* weißen Flecken auf der Weltkarte des Kapitals und 1,3 Milliarden Chinesen, auf die sich dieses gerne stürzen will – ein ganz und gar unwiderstehliches Angebot sowohl in Sachen Billiglohnland wie auch zunehmend als neuer großer Markt. Und zudem sie hat es in der Gemeinschaft der Staaten, die dieses Angebot ausnutzen wollen, nach dem Abdanken der Sowjetunion nicht mehr mit einer *geschlossenen* Front zu tun bekommen, sondern mit *Konkurrenten*, die sich wegen ihrer eigenen *gegensätzlichen* Ambitionen in Sachen Weltmarkt und Weltmacht nicht mehr zu einem gemeinsamen Handeln entschlossen haben.

Anders gesagt: *das alles* – Größe des Landes, Billigkeit seiner Produzenten und vor allem Zahl seiner potentiellen Konsumenten, Konkurrenzsituation der multinationalen Kapitale und Weltmächte sowie eine Staatsführung in Gestalt einer Kommunistischen Partei, die kompromisslos darauf besteht, dass die Öffnung des Landes China nutzen muss – *all das* muss schon zusammenkommen, damit einmal in der Weltgeschichte die *westliche Ideologie halbwegs wahr* wird, dass Auslandsinvestitionen zu nationalem Aufbau beitragen.

Und auch das ist ein interessanter Schluss an dieser Stelle: der sture Nationalismus der KP, der ziemlich tödlich war für ihr sozialistisches Programm, der erweist sich für den neuen chinesischen Kapitalismus als außerordentliche Produktivkraft!

Ad 3.) Zum politischen System in der Volksrepublik. Hier fange ich mal mit zwei Zitaten aus westlichen Politikbüchern an:

„Die chinesische Regierung selbst lehnt die ‚westliche Demokratie‘ als für China untaugliches Ordnungsmodell bislang entschieden ab. Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) hält an ihrem Machtmonopol fest, lässt keine unabhängigen politischen Kontrollinstanzen zu und unterdrückt organisierte oppositionelle Aktivitäten. (...) Die politische Führungsrolle der Kommunistischen Partei, umfassende Durchgriffsbefugnisse gegenüber regionalen Führungen, die Gewaltenkonzentration – also die ausdrückliche Ablehnung einer politischen Machtbegrenzung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative – und die Unterordnung individueller Rechte unter kollektive Interessen sind bis heute wesentliche Prinzipien der Verfassungsordnung der VR China.“ (Heilmann) „Demokratischer Zentralismus ist keineswegs gleichzusetzen mit pluralistischen, im westlichen Verständnis demokratischen Strukturen (...) Die Kommunistische Partei Chinas unternimmt alles, um dem Land in der Außenwahrnehmung das Image moderner Verhältnisse zu geben. Dies darf jedoch nicht über die tatsächliche politische Struktur hinwegtäuschen. Die 1978 begonnene wirtschaftliche Öffnung wurde

keineswegs von einer politischen Öffnung begleitet. Die Volksrepublik ging nicht den Weg Russlands und hat keine politische Liberalisierung zugelassen.“ (Hieber)

Das ist die übliche Perspektive, das politische System des modernen China zu beurteilen. Sie besteht darin, es als *defizitäre Abweichung* von westlichen Standards zu betrachten. Damit bringt man es einerseits zu ganzen Ketten von *Negativaussagen*: Nein, China hat keine Demokratie. Nein, mehrere Parteien gibt es nicht. Nein, eine Gewaltenteilung existiert nicht. Nein, die Chinesen dürfen ihre Politiker nicht wählen – ein Gedanke, der in seinem Gehalt ziemlich dürftig ist, die Experten für Vergleichende Regierungslehre aber trotzdem zufrieden zu stellen scheint. Immerhin kann man ihn noch gehörig ausweiten, indem man das „nicht“ als „noch nie“ oder „noch immer nicht“ oder „ansatzweise doch schon“ weiter spinnt. *Warum* das Staatswesen der heutigen Volksrepublik westliche Verfahrensweisen ablehnt und *was* es stattdessen auszeichnet, erscheint belanglos. Klar ist damit erstens, dass die *Maßstäbe, an denen* man China beurteilt, ihre Heimat bei *uns*, in Marktwirtschaft und Demokratie, haben. Entweder wird es ihnen *nicht* gerecht oder man gesteht ihm „freundlich“ zu, dass es schon auf einem guten Weg dorthin ist – etwas anderes scheint es schlicht nicht zu geben. So schwingt man sich zum geistigen Richter über das Land auf, indem man es an allen möglichen Kriterien guten Regierens misst und mehr oder weniger – schlecht aussehen lässt: China – *nicht* demokratisch, aber auch nicht wirklich *stabil* und – auch das wird allen Ernstes vorwurfsvoll vorgetragen! – nicht mehr *sozialistisch*.

China ist heute eines der wenigen Länder in dieser Welt, die sich offiziell noch kommunistisch nennen. Im Unterschied zur Sowjetunion hat es in der Volksrepublik keinen Abschied von seiner Vorgeschichte, dem großen Vorsitzenden Mao und seiner kommunistischen Partei gegeben. Die sitzt fest im Sattel, veranstaltet Parteitage und nationale Volkskongresse, zu denen hoch dekorierte Offiziere der Volksbefreiungsarmee kommen und die bunt gewandeten Vertreter aller 56 Minderheiten. Die Partei schreibt sich Fünfjahrespläne, als gäbe es nicht längst eine kapitalistische Ökonomie in ihrem Land. Und in ihren Parteiprogrammen schwafelt sie von der endgültigen Durchsetzung des wissenschaftlichen Sozialismus, der harmonischen Gesellschaft, und dass der Sozialismus sich bei ihr noch in seinem Frühstadium befindet und noch etwa 100 Jahre braucht.

Wie passt das eigentlich zu dem, was sich in der inzwischen unübersehbar marktwirtschaftlichen Realität des Landes abspielt?

Die Kommunistische Partei beharrt auf ihrem *Machtmonopol* – auch und gerade angesichts der neuen marktwirtschaftlichen Ökonomie, zu der sie ihren alten Sozialismus transformiert. Der Zustand ihrer nationalen Ökonomie erscheint ihr nämlich – bei allen Erfolgen, die sie in den letzten Jahren verbucht – insgesamt *prekär*. Die erwünschte kapitalistische Akkumulation hat, bezogen auf das ganze Land, noch immer den Charakter von *Ausnahmen*; die soziale Frage, Ergebnis des Bauernlegens und der Unternehmensreform, ist für sie keineswegs im Sinne einer sicheren staatlichen Kontrolle aller unterworfenen Interessen geklärt. Als Resultat der Einführung der kapitalistischen Wirtschaft entwickeln sich soziale wie regionale Ungleichheiten und damit neue gesellschaftliche Gegensätze, die die Geltung der Zentralgewalt und die Einheit des Landes elementar in Frage stellen. Den führenden westlichen Staaten traut sie überdies (und zu Recht!) alle erdenklichen Versuche zu, die wieder zugelassenen Geschäftsbeziehungen dafür zu nutzen, die Volksrepublik systematisch zu schwächen und ihren (Wieder-)Aufstieg in die Liga der Großmächte dieser Welt zu verhindern.

Aus dieser Lage der Volksrepublik, die sie mit ihren Entscheidungen zur sozialistischen Modernisierung selbst herbeigeführt hat, zieht die kommunistische Führung den Schluss, dass

es in der Phase des gesellschaftlichen Umbruchs eine Kraft braucht, die mit hartem Griff alle partikularen bis feindseligen Interessen zügelt und damit sicherstellt, dass der erste und eigentliche Nutznießer der Einführung des Kapitalismus die chinesische *Nation* ist – und nicht nur ein paar Immobilienmakler. Das kann selbstverständlich nur sie selbst sein – die Kommunistische Partei Chinas, deren Programm von jeher der Dienst an der Nation gewesen ist. (Wie selbstverständlich findet eigentlich jeder Journalist und gute Bürger diese Schlussfolgerung, wenn es um die eigene Nation geht: Krise – Durchregieren, Entschlusskraft, Führung – auch wenn es hier ungefähr 3 Parteien sind, die darum konkurrieren, wer die beste Führung für das Land hinlegt!!!)

Das sind also die Argumente, mit denen die KP begründet, warum sie die Einführung des Kapitalismus nicht mit einer Änderung ihrer politischen Herrschaftsorganisation verbunden hat und auch fürs erste nicht verbinden wird. Dass *eine* Partei regiert (und nicht mehrere), ist allerdings noch längst keine erschöpfende Auskunft darüber, *wie* Politik in China heute funktioniert, welche Probleme sie sich definiert und wie sie damit umgeht. Dafür ein paar Beispiele:

- Diese KP arbeitet einerseits ernsthaft (und keineswegs zum Schein) am Aufbau eines Rechtsstaat, der erstens ein Funktionserfordernis ihrer neuen Marktwirtschaft ist und zweitens vor allem den Reformprozess unwiderruflich festklopfen soll, indem der Entschluss zur Marktwirtschaft als *gültiges Gesetz* sämtlichen Parteidiskussionen entzogen wird. (westliche Staaten, die mit China einen sog. „Rechtsstaatsdialog“ führen, finden das extrem wichtig: Kapitalismus irreversibel machen, Systemfrage festklopfen – da sind sie keinesfalls dafür, diese Frage weiter einem demokratischen Diskurs von Partei und Gesellschaft zu überlassen!)

- Diese KP und ihre sozialistische Demokratie hat politisch vor allem folgende Grundfragen zu bewältigen: 1.) die Frage institutionalisierter Herrschaftsablösung 2.) eine angemessene Allgemeinwohldefinition zu formulieren, die aktuelle Ausformung der Staatsraison zu ermitteln: dazu holt sie sich private Unternehmer in ihre Partei, dazu stärkt sie ihren nationalen Gewerkschaftsbund und dazu ruft sie zur Bildung ständischer Interessenvertretungen im Rahmen des staatlich Erlaubten auf; d.h. sie sucht nach Wegen, alle möglichen neu in ihrer Gesellschaft entstandenen Interessen zu Wort kommen zu lassen und auf ihre Staatsnützlichkeit hin zu beurteilen, nur soll dies eben alles im Rahmen *einer* großen Partei passieren. 3.) stellt sie sich der *Unzufriedenheit*, die in ihrem Land existiert. Wenn sie sich in ihrem Land mit Beschwerden konfrontiert sieht und das ist durchaus zunehmend der Fall (die Zahl der ‚Arbeitskonflikte‘ und anderer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen steigt rapide an), besteht die erste Option der chinesischen Staatsgewalt im Niederschlagen dieser Proteste, wo immer sie sich rühren. Der Einsatz offener *staatlicher Gewalt* gegenüber dem Volk ist im Zuge der flächendeckenden Ausbreitung marktwirtschaftlicher Prinzipien nicht geringer geworden, sondern hat ganz im Gegenteil stetig zugenommen (ein Zusammenhang, den die Freunde der Marktwirtschaft nie so gern erkennen wollen: wie *notwendig* Gewalt zu dieser Produktionsweise gehört, die auf lauter harten Gegensätzen beruht!). Auf der anderen Seite versucht die Pekinger Zentralregierung auch zu unterscheiden, wo die Beschwerden ökonomischen oder politischen Zuständen haben, die sie auch als disfunktional einstuft (Fälle von Sklavenarbeit bspw. will sie nicht haben in ihrem Land und hat selbst eine Pressekampagne dagegen gestartet. Oder die Fälle von unrechtmäßiger Enteignung von Bauern durch ihre eigenen Parteifunktionäre, die sie als „Korruption“ verfolgt; usw. – sie versucht also, allgemein gesagt, systemnötige von unnötiger, bloß „persönlicher“ Brutalität zu trennen. 4.) lässt die Kommunistische Partei ihr Volk, das sie in die marktwirtschaftliche Konkurrenz geworfen hat, bei der Frage nach dem *Sinn* des Ganzen wie auch ihrer persönlichen Opfer nicht alleine.

Sie hat inzwischen die tröstende Funktion der Religion neu entdeckt und gesteht vielen, wenn auch nicht allen Sekten, Handlungsfreiheit zu; je mehr im Alltag die Ellbogengesellschaft um sich greift, legt sie Wert darauf, Gemeinschaftsgeist zu propagieren (und greift dabei gerne zurück auf die ideologischen Relikte ihres Kommunismus – „harmonische Gesellschaft“). Und sie versorgt ihr Volk mit kulturellen und patriotischen Erlebnissen, die es (kein bisschen anders als bei uns) gerne mitfeiert und mordsmäßig stolz ist auf sein Land, dessen Aufstieg usw.

Wenn man das alles widerlich und Chinas Rechtsstaatlichkeit und Politik ebenso gemeinherrschaftstechnokratisch wie volksverdummend findet, liegt man richtig. Genau so etwas gehört auf der Seite der Staatsgewalt offenbar dazu, wenn man ein System wie den Kapitalismus in sein Land einführt und für den Erfolg der Nation nutzbar machen will.

An dieser Stelle muss ich allerdings unbedingt noch einen Seitenhieb auf den Westen loswerden: Die westlichen Staatswesen, die sich heute so selbstgerecht ihrer Zivilgesellschaft rühmen, haben ihren Weg hin zu „etablierten Weltmächten“ nämlich sicher nicht mit demokratischen Diskursen gemacht. Sie haben erstmal kaltlächelnd ganze Arbeitergenerationen verschlissen und Widerstand aller Art, Klassenkampf, regionalen Separatismus usw. gewalttätig niedergemacht; dann haben sie sich nach langen Kämpfen, in denen sie die Protagonisten von Gewerkschaften, SPD und Kommunisten verfolgt und kaltgestellt haben, ein paar Rücksichtnahmen auf die Arbeiter und deren Lebensnotwendigkeit aufherrschen lassen, um heute, wo die kommunistische Systemalternative nicht mehr existiert, ihren großartigen Sozialstaat flächendeckend zum Abschluss freizugeben. Von Kriegen, faschistischen Sondertappen und deren erzieherischer Wirkung auf die Arbeiterklasse will ich hier gar nicht erst reden. Es sind die westlichen Staaten, die dieser Welt vorgemacht und die Maßstäbe dafür beigebracht haben, wie man für die Erfolge seiner Marktwirtschaft rücksichtslos die Umwelt ruiniert und eine Dritte Welt zu neuen Rekord-Hungerkatastrophen treibt. Und politisch sind Sondergerichtsbarkeit, Verfassungsschutz, Berufsverbote usw. Sachen, die in unserer menschenrechtlich perfekten Demokratie fest beheimatet sind. Und wenn auf dieser nur ein ganz bisschen gewalttätigen Basis alles fest im Griff der Herrschaft ist, dann, ja dann gibt es tatsächlich Wahlen und Meinungs- und Pressefreiheit! Und letztere funktioniert tatsächlich auch noch ganz von selbst und viel besser als jede Zensur. So nämlich, dass sie politische Einreden, die nicht die konstruktive Sorge um den Erfolg dieser Republik zum Inhalt haben, ganz wie von selbst als nicht befassungswürdig totschießt oder ins Leere laufen lässt – von gestern, unrealistisch, utopisch, auf alle Fälle eben daneben und irre heißt es dann.

Zusammengefasst: Das theoretisch Unlautere an den entsprechenden Vorwürfen an die Chinesen ist, dass ein Vergleich zwischen Äpfeln und Birnen aufgemacht wird: Äpfel – das ist ein Land, das damit befasst ist, mit aller dafür nötigen Gewalt den Maßstab des Privateigentums zur gültigen gesellschaftlichen Maxime zu machen und die dazu passende Zentralgewalt herzustellen. Birnen – das sind Staatswesen, die genau das die letzten 150 Jahre mit aller Härte durchgesetzt, ihre Gesellschaften von A – Z gleichgeschaltet und jeden Fitzel von Interessenverfolgung auf sich, ihr Recht und ihr demokratisches *Procedere* verpflichtet *haben* und die damit zu Nutznießern der von ihnen geschaffenen Weltmarkt und Weltordnung geworden sind. Deren Propagandisten rechnen China die *faux frais* seiner ursprünglichen Akkumulation vor, die ihre Staaten so erfolgreich hinter sich gebracht haben – das ist ebenso selbstgerecht wie verlogen.

Ein letztes Mal zurück: So wie in China geht es also zu, wenn ein Land einen erfolgreichen „Aufstieg zur Weltmacht“ hinlegt. Und in der Tat: China ist heute das einzige „Entwicklungsland“, das sich tatsächlich in dem Sinne *entwickelt* hat, wie es die westlichen Staaten ihren

entkolonialisierten Zöglingen seit Jahrzehnten immer so generös verheißen. Aus einem rückständigen Land ist ein potenter kapitalistischer Staat geworden, der den etablierten Weltmächten inzwischen auf gleicher Augenhöhe gegenübertritt. Welche Sorte *Außenpolitik* zu diesem Programm gehört und wie weit die weltpolitischen Auseinandersetzungen auf diesem Feld inzwischen gediehen sind, das spare ich mir heute. Aber ich nenne die Zusammenfassung: *Dieses* Resultat – dass mit der Öffnung Chinas weltmarktfähige chinesische Kapitale und ein dermaßen potenter Staat entstehen – haben die westlichen Staaten wirklich weder vorausgesehen noch gewollt. Entsprechend widersprüchlich ist ihre Stellung zu dem Newcomer in „ihrer“ Staatenkonkurrenz: sie *brauchen* China (und übrigens auch in ganz besonderer Weise die angefeindete Kommunistische Partei, die für Stabilität und Benutzbarkeit dieses Landes gerade steht). Und sie *bekämpfen* es zugleich – ökonomisch, strategisch und ideologisch. Diese Stellung ist für einige Kapriolen gut – sei es bei Olympia, letztes Jahr bei der Buchmesse, neulich in Kopenhagen, aktuell in der Währungs- und Irandiplomatie.

Fazit:

In China hat eine Kommunistische Partei ein Staatsprojekt aufgezogen, mit dem sie für ökonomische Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und eine volksfreundliche Herrschaft sorgen wollte. All das ist keine wirkliche Absage an Kapitalismus und Demokratie und führt zu allen möglichen systemischen Widersprüchen. Gleichzeitig hat sie dieses sozialistisch-volksfreundliche Projekt in die Pflicht genommen für einen Wiederaufstieg Chinas in der Konkurrenz der Nationen, auch wenn sie sich den anfangs ziemlich idealistisch vorgestellt hat. Dieses Interesse und die aus diesem Ziel entspringende Unzufriedenheit mit ihrer sozialistischen Ökonomie hat die chin. Führer dazu gebracht, sich 1978 Kapitalismus und Weltmarkt zuzuwenden. Bei der Zurichtung ihres Volks für dieses Programm und bei ihren ersten Schritten in der ökonomischen und politischen Konkurrenz der Staaten haben sich der sture Nationalismus und das Beharren auf der Kontrollmacht der Kommunistischen Partei bisher als wuchtige Mittel erwiesen. Das feiern letztendlich Teile der Linken, wenn sie meinen, dass China (bei allen Abstrichen) doch ein 3. Weg, eine sozialistische Alternative oder irgendetwas ähnliches ist.